

SAARLAND



LANDES JOURNAL

GdP-Großdemo in Mainz – Wir waren dabei!

Ein Bericht von Landesschriftleiter Charly Wannemacher

300 Kolleginnen und Kollegen aus dem Saarland folgten am 13. Februar 2003 dem Aufruf der Bundes-GdP zur ersten bundesweiten Demo gegen ständig neue Einschnitte bei der Polizei. Aktive und Pensionäre, Arbeiter und Angestellte zeigten mit ihrer Teilnahme, dass in einer Einheitsgewerkschaft jeder für die Interessen der anderen Gruppe mit eintritt, wenn es gilt, Stärke zu zeigen.

Mit vier Bussen aber auch mit der Deutschen Bahn reisten wir, unterstützt durch Gewerkschafter aus DGB-Schwestergewerkschaften nach Mainz, um dort machtvoll gegen den geplanten Aderlass per Gesetz zu demonstrieren:

- die Abkopplung der Besoldung/Versorgung vom Tarifergebnis
- Kürzung des Weihnachtsgeldes
- Streichung des Urlaubsgeldes
- Kostendämpfungspauschalen im Beihilferecht
- die geplante Öffnungsklausel (bis zu 10% Besoldungseinbuße)

- die Absenkung des Versorgungsniveaus auf 71,75%
- die Verlängerung der Wochenarbeitszeit
- Stellenabbau und Überstundenberge

Nun soll auch noch die Lebensarbeitszeit bis zum 65. Lebensjahr verlängert werden; Rheinland-Pfalz macht den Anfang und die anderen Bundesländer werden folgen.

Jetzt stellen wir uns quer!

Ein imposantes Bild boten die über zehntausend Teilnehmer beim Eintreffen auf dem Park-



Die saarländischen Demo-Teilnehmer am Aufstellplatz.

platz am Bruchwegstadion in Mainz, wo sich die Kolleginnen und Kollegen aufstellten, um den Demonstrationszug durch die Mainzer Innenstadt zu bilden. Hier sei auch ein Lob an die Veranstalter gestattet, denen es hervorragend gelang, hunderte von Bussen unterzubringen und tausende von Demonstranten zu verpflegen.

Die GdP-Demonstranten bildeten einen kilometerlangen Zug durch die Mainzer Innenstadt bis hin zu den Domplätzen, wo eine Abschlusskundgebung mit Reden



Der Gutenbergplatz konnte die 10 000 Demonstranten nicht aufnehmen.

Rheinland-Pfalz sucht ausgebildete Polizeibeamte in Vollzeit auf 325 €- Basis.

Wir bieten:

- längere Lebensarbeitszeit
- erhöhte Gesundheitskosten
- Beförderungsstopp
- alle sonstigen Annehmlichkeiten des Berufs

325-Euro-Job gefällig?

des DGB-Vorsitzenden Bezirk West, Dietmar Muscheid, des rheinland-pfälzischen GdP-Vorsitzenden Ernst Scharbach und des GdP-Bundvorsitzenden Konrad Freiberg stattfand.

Als „unanständig“ und „schamlos“ bezeichnete Konrad Freiberg die Pläne der Ministerpräsidenten, den Polizeibeschäftigten weitere soziale und finanzielle Verschlechterungen zuzumuten zu wollen. Als „infam“ bezeichnete es der GdP-Bundvorsitzende, dass die Politik das Kesseltreiben gegen die Polizis-

Fortsetzung auf Seite 2

LANDES JOURNAL

Fortsetzung von Seite 1

tinnen und Polizisten mit dem so genannten sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst in Gang hielten. Konrad Freiberg: „Seit 1945 wurden 1395 Polizeibeamtinnen und -beamte im Dienst getötet. 385 wurden durch Rechtsbrecher umgebracht. Allein im Jahr 2000 wurden 8 Kollegen durch Verbrecher getötet. Im vergangenen Jahr verloren 2 Kollegen ihr Leben durch Verbrecherhand.“

Tausende Kolleginnen und Kollegen werden jedes Jahr im Dienst verletzt. Pro Jahr werden 500–700 Polizisten so schwer im Dienst verletzt, dass sie mehr als sieben Tage krankgeschrieben werden. Und wie sieht der Dank aus? Man kürzt die Renten und Pensionen und verweigert uns eine gerechte Bewertung und Bezahlung; man verlängert die Wochen- und die

Lebensarbeitszeit. So sieht der Dank für unsere Dienste aus!“

Konrad Freiberg wurde aber noch deutlicher: „Die Ministerpräsidenten wollen mit einer bisher nicht gekannten Kahlschlagspolitik eine grundlegende Kehrtwende unseres Sozialstaates einleiten. Die Politik hat ein neues Feindbild gefunden: die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Und zwar Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die Politik will Ablenken von ihrem eigenen Versagen. Wir sollen für ihr Versagen den Sündenbock spielen. In der Öffentlichkeit wird oft der Eindruck vermittelt, als ob wir im öffentlichen Dienst von allen Sparmaßnahmen verschont werden. Nach dem Motto: der faule Beamte, der Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, lebt wie die Made im Speck. Ob Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung, ob Lehrerinnen oder Lehrer, ob Beschäftigte der Justiz, der Feuerwehr oder Polizei, es wird von der Politik der Eindruck vermittelt, als ob es ihnen gut geht. Ich sage nur: Lüge! Der öffentliche Dienst leistet seit Jahren seinen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte; der öffentliche Dienst wurde immer als erster zur Kasse gebeten; die Einkommen im



Die Fürsorgepflicht des Staates wird zu Grabe getragen.

Arbeitgeber an: „Zu unser aller Überraschung und Empörung hat sich zu dieser Allianz noch ein Verbündeter gesellt, den wir nicht erwartet haben. Es ist der Deutsche Beamtenbund. Er ist uns in den Rücken gefallen.“ Er zitierte dann aus einer Entschließung des Bundsrats-Innenausschusses vom 6. Februar.

Freiberg weiter: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist unglaublich! Ausgerechnet eine

Den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck forderte Freiberg auf, die vorliegende Rechtsänderung für das Heraufsetzen der Lebensarbeitszeit bis zum 65. Lebensjahr einzustampfen.

Für seine Aussagen erhielt der Bundesvorsitzende tosenden Beifall von den Veranstaltungsteilnehmern.

Bei der Rückfahrt wurde viel über die geplanten Einschnitte

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe unseres Landesteils ist der 2. April 2003.

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland
Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannemacher (Vi.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfIS
Scheidter Straße 110
66123 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 9 62-15 13
E-Mail: gdpsaardp@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6489



Streife der Zukunft: Opa-Streife?

öffentlichen Dienst sind hinter der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft deutlich zurückgeblieben und in Bund, Länder und Gemeinden wurde ständig Personal abgebaut. Es ist eine Schweinerei, dass die Politik dieses der Öffentlichkeit verschweigt.“

Der Bundesvorsitzende griff in seiner Rede aber auch einen unerwarteten Verbündeten der

Organisation, die vorgibt, die Interessen der Beamtinnen und Beamten zu vertreten, liefert uns ans Messer. Der Vorschlag des Beamtenbundes würde bedeuten: Wegfall des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes. Diese Suppe hat uns der Deutsche Beamtenbund mit seiner ‚Deutschen Polizeigewerkschaft‘ eingebrockt!“

durch die Politik diskutiert. Wenn wir auch noch nicht wussten, wo die nächste Demo stattfinden wird, waren wir uns aber alle einig:

**Wir werden weiter kämpfen!
Wir sind bereit!
GdP – gut,
dass es sie gibt!**



Auch unsere Senioren waren mit dabei.

ÖFFNUNGSKLAUSEL

Jetzt ist die Katze aus dem Sack! Öffnungsklausel auch vom Saarland beantragt!

Ein Beitrag von Hugo Müller

Mit seinem Antrag bei der Bundesratssitzung vom 14. Februar 2003 zur Einführung einer Öffnungsklausel für die Bereiche Urlaubs- und Weihnachtsgeld hat sich die Landesregierung also nun doch auf die Seite der Sparwütigen geschlagen. Dies muss überraschen, da bisher in den öffentlichen Darstellungen hochrangiger CDU-Politiker eine andere Lesart galt.

Zunächst aber ein Blick in die Historie: Im vergangenen Jahr hatte eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der MinisterpräsidentInnen von Berlin, Sachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland die Idee einer Öffnungsklausel für die besoldungsrechtlichen Vorschriften der Beamten entwickelt. Hiernach wären im Bereich des Grundgehaltes und der sog. Sonderzuwendungen regionale Einkommensreduzierungen von bis zu 18% möglich gewesen. Der heftige Protest – vor allem der Gewerkschaft der Polizei – mit bundesweiten Aktivitäten sorgte schließlich für eine gewisse Einsicht. Vor allem aus dem CDU-Lager an der Saar, so etwa in Schreiben des innenpolitischen Sprechers Jungmann oder des Bundestagsabgeordneten Feibel ging eines ganz klar hervor: Öffnungsklausel nicht mit uns! Auch die Innenministerin Kramp-Karrenbauer erklärte sich bei einigen GdP-Veranstaltungen ganz deutlich. Man interpretiere die Aktivitäten Berlins als „Ausschöpfen aller Möglichkeiten vor einer verfassungsgerichtlichen Klage zur Verbesserung des Länderfinanzausgleiches bzw. zum Erhöhen von Teilentschuldungsraten“. Als Nehmer-Land werde das Saarland aber solche Ideen nicht begrüßen!

Vor diesem Hintergrund gab es durchaus eine große Hoffnung, diese unsittliche Idee namens „Öffnungsklausel“ abwehren zu können. Umso überraschender und unverständlicher war für uns

der unfassbare Vorstoß des DBB, auf Urlaubsgeld und Teile des Weihnachtsgeldes zu verzichten. Dass man damit die Politiker wieder auf die „richtige Spur“ brachte, wurde uns dann am 14. Februar 2003 schmerzlich bewusst: In der Bundesratssitzung beantragten die Länder Berlin, Brandenburg und (na nu!) das Saarland eine Öffnungsklausel

werde die saarländische Landesregierung in der nächsten Tarifrunde im Jahre 2005 eine deutlich stärkere Regionalisierung sicherstellen. Dies entweder innerhalb des jetzigen Systems der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, wenn es sein muss aber auch außerhalb. Bei der Tarifrunde 2005 werde es dann auf jeden Fall zu deutlichen sozialen und/oder

sammen! Die einen sorgen für Öffnungsklauseln, die anderen für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, und für Abstriche bei der Polizeizulage oder in der Beihilfe finden sich auch problemlos Aktivisten! Da ist es wohl auch kein Zufall, dass in einem Brief des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Beck an den dortigen GdP-Landesvorsitzenden



V. l. n. r.: Klaus Kessler (GEW), Rolf Linsler (Ver.di), Eugen Roth (DGB), Hugo Müller (GdP), Ministerpräsident Peter Müller, Chef der Staatskanzlei Karl Rauber und Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer

Foto:

Werner Braun

für beide Sonderzuwendungen, also sowohl Urlaubs- als auch Weihnachtsgeld. Dies war vor dem Hintergrund der vielen öffentlichen Erklärungen (siehe oben) unglaublich! Daher war es das Gebot der Stunde, die Gelegenheit eines Spitzengesprächs mit Ministerpräsident Peter Müller, der Innenministerin Kramp-Karrenbauer und dem Chef der Staatskanzlei Karl Rauber am 18. Februar 2003 seitens der ÖD-Gewerkschafts-Vorsitzenden zu nutzen, um nachzuhaken.

Und so ließ denn der Ministerpräsident schließlich die Katze aus dem Sack: Er bleibe zwar bei seiner Grundaussage, die Beamten nicht schlechter zu stellen als die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Er halte aber ganz eindeutig das jetzt erzielte Tarifergebnis für völlig überzogen und insbesondere für finanzschwächere Bundesländer prinzipiell nicht realisierbar. Daher

finanziellen Abstrichen im Tarifbereich kommen. Und um dann die entsprechenden Verschlechterungen auch auf den Beamtenbereich übertragen zu können, werde er jetzt bereits für eine beamtenspezifische Öffnungsklausel eintreten.

Nur zum besseren Verständnis: Der saarländische Ministerpräsident bleibt zwar bei seiner Idee des Gleichklangs zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten. Seine Tarif-Philosophie für 2005 ist aber eindeutig auf Verschlechterung des Status quo angelegt. Und die adäquate Umsetzbarkeit im Beamtenbereich soll jetzt bereits durch Öffnungsklauseln für Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorbereitet werden.

Dass MP Müller in besagtem Gespräch diese Linie als quer durch die Bundesländer mehrheitsfähig beschrieb, machte uns den Ernst der Lage noch deutlicher bewusst! Es passt alles zu

Ernst Scharbach ganz unverhohlen die Disziplinar-Keule geschwungen wird, um diesen auf den Pfad der Beamten-Tugend zurückzurufen.

Was lernen wir daraus? Traue keinem Ministerpräsidenten, der sich auch bei dieser „Beamtenjagd“ engagiert.

Oder: Traue nur dem Ministerpräsidenten, den Du selbst abgewählt hast!

Am 14. März 2003 werden in der Bundesratssitzung die entscheidenden Weichen gestellt. Derzeit spricht vieles dafür, dass man uns dann (trotz oder vielleicht gerade wegen des DBB-Vorstoßes) die Öffnungsklausel aufzwingen will.

Für uns in der GdP ist aber eines ganz klar: Wir lassen uns nicht unterkriegen und kämpfen weiter.

Denn: **Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, der hat schon verloren.**

Speerspitze?! Ja, aber . . . oder na, klar . . .

Von Reinhold Schmitt

Für die meisten, die dabei waren, ist das Ereignis einschließlich der damit verbundenen Feiern bereits kein Thema mehr, ja sogar Geschichte. Für die anderen, die (noch) nicht „an der Reihe“ waren, bleibt es mindestens im folgenden halben Jahr ein Dauerthema: Die Beförderung.



Reinhold Schmitt

Über 360 BeamtInnen konnten schon am 28. März ihre Urkunde in Empfang nehmen. Die unterschiedlichsten Gefühle waren damit verbunden und kamen bei nicht wenigen auch zum Ausdruck: „Endlich dabei“; „Es war aber auch Zeit“; „Das ist selbstverständlich, denn die haben es ja versprochen“; „Das klappt ja so, wie angekündigt“; und vieles mehr.

Alle haben damit, insbesondere aus der jeweiligen individuellen Betrachtungsweise, zumindest ein bisschen Recht.

Doch so einfach, wie es sich anhört bzw. liest, ist es in der Realität ganz und gar nicht.

Mal abgesehen davon, dass die für das jährliche Beförderungsbudget zur Verfügung zu stellenden Gelder, trotz des durch das Kabinett beschlossenen Beförderungsbzw. Überleitungskonzeptes, immer aufs Neue erkämpft werden müssen, heißt es wachsam sein, wenn denn dann die Mittel letztendlich zur Verfügung stehen.

Rechtzeitig einwirken

Aufpassen in diesem Sinne bedeutet, rechtzeitig vor den Beförderungsterminen darauf einwirken, dass die Gelder auch gerecht verteilt werden.

Wird bei der Verteilung die Umsetzung der Beförderungskonzeption beachtet? Werden die Anteile für die jeweiligen Laufbahn- und Besoldungsgruppen angemessen gestaltet? Erfolgt orientiert an den Anteilen am Gesamtpersonalkörper eine adäquate Aufteilung zwischen Kripo und Uniform? Werden Zusagen, die für bestimmte Bereiche auch in Form von Sonderregelungen gemacht worden waren, auch eingehalten?

Wer weiß, dass an vielen Stellen, auch im Zusammenhang mit den o. g. Fragen, die Politik eine große Rolle spielt, wem bekannt ist, dass die auswählende Behörde bei den so genannten sekundären Auswahlkriterien einen breiten Ermessensspielraum hat, kann sicherlich nachvollziehen, dass auf dem Weg zu einer Beförderungsvorlage, die auch für die Beschäftigten nachvollziehbar sein soll, viele Steine wegzuräumen sind.

Das funktioniert nur dann, wenn immer wieder rechtzeitige und umfassende Beteiligung eingefordert wird. Diese muss allerdings nachhaltig und beharrlich, auch im Sinne von Kampf, oft unter Ausschöpfung aller Mittel und Möglichkeiten, auch wahrgenommen werden. Aus diesem Grund ist es von herausragender Bedeutung, dass im Interesse der Beschäftigten machtvolle und starke Personalräte ihren Auftrag und ihre Aufgabe erfüllen. Dabei ist es keinesfalls ausreichend, da häufig nicht Ziel führend, wenn die Personalvertretung sich auf die rein nach dem Personalvertretungsgesetz zustehenden Möglichkeiten beschränkt. Besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang das Zusammenspiel, das Zusammenwirken, ja die Verzahnung von starkem Personalrat und starker Gewerkschaft.

Am Beispiel des letzten Beförderungstermines, bezogen auf eine Besoldungsgruppe, wird das Beschriebene besonders deutlich:

Fertige Konzepte

Knapp zwei Monate vor dem 1. April 2003 – fast schon zu knapp – wurde der Vorsitzende des PHPR in einem ersten Gespräch über die vorgesehene Beförderungskonzeption informiert. Zu diesem Zeitpunkt wäre es allerdings sinnvoller gewesen, statt eines fest gezurrten Paketes die eine oder andere Alternative als Diskussionsgrundlage vorgestellt zu bekommen. Prompt war Ärger vorprogrammiert, weil die Vorlage einige „Klopper“ enthielt, die aus Sicht der Organisationshygiene unverträglich und inakzeptabel waren. So war von Seiten des Ministeriums beabsichtigt, in die Besoldungsgruppe A 11 lediglich drei Beförderungen bei der Kriminalpolizei und keine bei der Schutzpolizei auszusprechen.

Begründung: Auswahlkriterium nach der Beurteilung ist die Wahrnehmung einer mit A 12 bewerteten Funktion. Da es bei der „Uniform“ keine Kandidaten gibt, die dieses Kriterium erfüllen, werden nur bei „K“ Beförderungen vorgenommen.

Obwohl die Beförderungskonzeption im Bereich der A 11 für das Jahr 2003 27 Möglichkeiten vorsieht, sollten im gesamten Jahr nur 14 realisiert werden.

Obwohl einer Gruppe von Kandidaten der Schutzpolizei, die schon am 1. Oktober 2002 wider erwarten nicht zum Zuge gekommen war, so dass sie sich mit Eingaben an den PHPR wandte, selbst durch die Ministerin Perspektiven im Sinne von Zusagen für den nächsten Termin, also den 1. April 2003, eröffnet worden

waren, gab es diesen „Null-Lösungs-Vorschlag“ von gerade dieser Seite. Eigentlich unglaublich!

GdP und ihre Personalräte kämpften mit Erfolg!

An dieser Stelle galt es den Kampf aufzunehmen und deutlich zu machen, dass dieser unakzeptable Vorschlag eine Provokation der Beschäftigten darstelle, der eine Zustimmung ausschließe. Es folgten mehrere fernmündliche und persönliche Gespräche mit der Hausleitung in denen Tacheles geredet werden musste und zwar im beschriebenen Zusammenwirken von Gewerkschaft der Polizei und Polizeihauptpersonalrat.

Das Ergebnis kann sich ausweislich der tatsächlichen Beförderungszahlen in dieser Besoldungsgruppe (s. Tableau auf Seite 5) wohl auch sehen lassen.

Übrigens konnten auch noch andere, wenn auch nicht alle, explosiven Ungereimtheiten entschärft werden.

Fritz Schulte, ehemaliger GdP-Bundesvorsitzender, stellte schon vor Jahrzehnten fest:

„Unsere Personalräte sind die Speerspitze der Gewerkschaft der Polizei!“

Recht hat er. Wir mussten und müssen oft und heftig pieksen. Deshalb steht fest: „Speerspitze, na klar!“

Q. e. d., – quod erat demonstrandum – Was zu beweisen war!

BEFÖRDERUNGEN

Beförderungen zum 1. April 2003

Stand:
9. März 2003

Beförderung nach Besoldungsgruppe	S	K	Gesamt
A 8	2	-	2
A 9 m. D.	63	8	71
A 9 m. Z.	7	-	7
A 9 g D. prüfungsfrei	136	33	169
A 10 prüfungsfrei aus A 9 m. Z.	7	4	11
A 9 g. D. (FHSV)	19	5	24
A 10 (FHSV)	18	13	31
A 11	11	7	18
A 12	7	3	10
A 13 g. D.	4	4	8
A 14	1	3	4
A 15	2	1	3
B 3	1	1	2
Gesamt	278	82	360

Gewerkschaft der Polizei
Landesjugendvorstand
Kaiserstraße 258
66113 Saarbrücken

JUNGE GRUPPE SAARLAND

„Bildungsfahrt“ nach Köln
am 25./26. April 2003



- WANN** findet's statt? Von Freitag, den 25. April auf Samstag, den 26. April 2003
- WER** kann mitfahren? Alle GdP-Mitglieder unter 30 Jahren
- WAS** bieten wir Euch? Hin- und Rückfahrt mit Reisebus, Führung durch das Kölner Nachtleben, Treffen mit jungen Kölner Kollegen, Übernachtung in der Jugendherberge, Besuch beim „Haus der Geschichte“ in Bonn und jede Menge Spaß

Und **WIEVIEL** kostet mich das? Fast gar nichts. Lediglich die Kosten für Getränke, Abendessen und Mittagessen müsst ihr selbst tragen.

ANMELDEN könnt ihr Euch über die Geschäftsstelle der GdP (0681/811498) oder bei [Jens Berner@gdp-saar.de](mailto:Jens.Berner@gdp-saar.de). Anmeldeschluss ist der 27. März 2003. Die Teilnehmerzahl ist auf 33 Personen begrenzt. Bildungsurlaub kann nicht in Anspruch genommen werden.

Sozialwerk der GdP Saarland informiert

Gruppenreise 21.10.03 – 03.11.03

Bali

Preis: 1.430,-€ p.P. im DZ

Anmeldung:

Sozialwerk der GdP

Hotline:

0681-84 12 40



Sparen Sie sich reich!

Französische Mittelmeerküste Port Camargue

Résidence de Camargue Family
Studio oder Appartement mit Bad oder Dusche, Wohnraum und Balkon
vom 05.04.-25.10.031 Woche bei eigener Anreise pro Wohneinheit ab
PGF 23052, U 1-U 3/A 1/2-U 4-6, PM: IT, PA: H00

€ 99

Bayerischer Wald Regen - March

Landhaus Maria
Doppelzimmer oder Appartement mit Dusche, Balkon oder Terrasse und Frühstück
vom 29.03.-01.11.031 Woche bei eigener Anreise pro Person ab
Zuschlag für Halbpension € 8 pro Person/Tag
BYE 29061, DEB/AEB/AEC-G/H 2+, PM: ME, PA: B00

€ 133

Kvarner Bucht Crikvenica

Hotel Mediteran
Doppelzimmer mit Dusche, z.T. mit Balkon und Halbpension
vom 05.04.-18.10.031 Woche bei eigener Anreise pro Person ab
Frühbucher sparen: Bei Buchung bis zum 31.03.03 sparen Sie in bestimmten Reisezeiträumen bis zu € 20 p.P./Woche
Mehr fürs Geld: Diverse 21+14, 14+12 und 7+6 Termine
RJK 14021, DE L/DEBL/DEBN-H 2-3, PM: OE, PA: B00

€ 172

Rund um Innsbruck Weer

Hotel-Gasthof Weerenwirt
Doppelzimmer mit Bad oder Dusche, z.T. Balkon oder Terrasse und Halbpension
vom 10.05.-25.10.031 Woche bei eigener Anreise pro Person ab
Mehr fürs Geld: Diverse 14+12 und 7+6 Termine
INN 44042, DHD, DE/DED/DF-H 2+, PM: ME, PA: B00

€ 196

AG Personaleinsatz

Der Arbeitsauftrag der AG Personaleinsatz (siehe Veröffentlichung DP März 2003) wurde durch die örtlichen Personalräte und den Polizeihauptpersonalrat intensiv geprüft und diskutiert. Der Leiter der Arbeitsgruppe Personaleinsatz, POR Harald Jenal, folgte einer Einladung des Polizeihauptpersonalrates und der Vorsitzenden der örtlichen Personalräte, um einerseits aus Sicht des AG-Leiters den Arbeitsauftrag vorzustellen und zu erläutern, aber andererseits auch die offenen Fragen der Personalvertreter zu beantworten. In mehreren, sich anschließenden Sitzungen, wurde in oftmals äußerst kontrovers geführten Diskussionen zwischen den Personalvertretern die Grundsatzentscheidung getroffen, an der Arbeits-

gruppe teilzunehmen. Die Form und der Umfang der Beteiligung sollen aber von notwendigen Rahmenbedingungen abhängig gemacht werden. Ein entsprechendes „Grundlagenpapier“, das sowohl personalrätliche Grundpositionen als auch einen Personalisierungsvorschlag enthält, wurde formuliert und dem Leiter der Arbeitsgruppe, POR Harald Jenal, zugesandt (siehe Abdruck). Von der Entscheidung der Arbeitsgruppenleitung über die aus personalrätlicher Sicht notwendige Grundlagenvereinbarung wird dann die Beteiligungsform der Personalräte abhängen. Über die weitere Entwicklung der „AG Personaleinsatz“ wird dann an entsprechender Stelle informiert.

Ralf Porzel

Örtlicher Personalrat Polizeibezirk Saarbrücken – Stadt



Örtlicher Personalrat - Kärcherstraße 5 - 66111 Saarbrücken

Dem Leiter der Arbeitsgruppe
„Personaleinsatzplanung“

POR Harald Jenal

Örtlicher Personalrat
Kärcherstraße 5
66111 Saarbrücken

Telefon : 0681 / 962 / 2252
Telefax : 0681 / 962 / 2205

TkSoNPOL : 763 / 2252

E-Mail :
intern : r.porz@sbka.slpol.de
extern : r.porz@slpol.de

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Unser Zeichen Öpr/po	Datum
			11.02.2003

Grundlagen für die Beteiligung der Personalvertretung an der „Arbeitsgruppe Personaleinsatzplanung“.

Sehr geehrter Herr Jenal,

die Personalratsvorsitzenden der Örtlichen Personalräte in der Landespolizeidirektion haben sich trotz der auch wiederholt öffentlich artikulierten Kritik und ihrer grundsätzlich divergenten Auffassung zur Einrichtung der „Arbeitsgruppe Personaleinsatzplanung“, dafür entschieden sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Für eine auch in die Zukunft gerichtete, vertrauensvolle Zusammenarbeit erachten es die Personalvertreter aber für erforderlich, ergänzend zu der Auftragsformulierung der Dienststellenleiter, Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu formulieren. Die Achtung dieser gemeinsamen Arbeitsgrundlage wird von den Personalvertretern als elementarer Bestandteil der Beteiligung angesehen.

Personalisierung der Arbeitsgruppe :

Ausgehend von dem Angebot des Arbeitsgruppenleiters eine „Teilpersonalisierung“ durch die Personalvertretung vornehmen zu lassen wird von den Vorsitzenden der Örtlichen Personalräte folgender Personalisierungsvorschlag gemacht :

1 Vertreter der Örtlichen Personalräte der Landespolizeidirektion

Ralf Porzel, Örtlicher Personalrat Polizeibezirk Saarbrücken Stadt
(Abwesenheitsvertreter Dirk Schnubel, Örtlicher Personalrat, Polizeibezirk Saarlouis)

1 Beamter aus dem Bereich des Wach- und Wechselschichtdienstes

Helmut Grünewald, Polizeiinspektion Wadern

1 Beamter eines Kriminaldienstes der Landespolizeidirektion

Helmut Berg, Kriminaldienst Illingen

1 Beamter der Verkehrspolizeiinspektion

Helmut Schuch, Verkehrskommissariat Bexbach

1 Beamter der Kriminalpolizeiinspektion

Harald Rohe, Kriminalpolizeiinspektion

Formale Funktionen

Vertreter der Örtlichen Personalräte

Der Vertreter der Örtlichen Personalräte nimmt als ständiges, beratendes und nicht stimmberechtigtes Mitglied an der Arbeitsgruppe teil.

Aufgabe des Personalvertreters soll es in erster Linie sein Grundhaltungen bzw. Grundpositionen, sowie Erfahrungen der Personalvertretungen in die Arbeitsgruppe einfließen zu lassen, den Arbeitsgruppenmitgliedern für Fragen im Hinblick darauf zur Verfügung zu stehen und auf die Einhaltung personalvertretungsrechtlicher Bestimmungen zu achten. Darüber hinaus gewährleistet er den Informationsaustausch zwischen der Arbeitsgruppe und den Personalvertretungen. Die umfassende Information der Beschäftigten obliegt dem Leiter der Arbeitsgruppe.

Der Vertreter der Örtlichen Personalräte besitzt kein eigenständiges Mandat. Seine Anwesenheit ersetzt nicht die vom Personalvertretungsgesetz vorgesehenen förmlichen Verfahren.

Beschäftigte aus den Organisationsbereichen der Landespolizeidirektion

Durch den Personalisierungsvorschlag der Personalvertretungen soll , auch nach Außen hin, zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Arbeit der AG nicht auf den Wechselschichtdienst fokussiert. Durch die Abbildung aller wesentlichen Organisationseinheiten soll die breit angelegte Überprüfung aller Organisationseinheiten, im Hinblick auf die Personaleinsatzplanung, dokumentiert und gefördert werden.

Inhaltliche Grundpositionen der Personalvertretungen

Wegen der besonderen Sensibilität dieser Thematik und der damit verbundenen Ausstrahlung in die Dienststellen, zu der die Einrichtung dieser Arbeitsgruppe geführt hat, wollen wir mit Blick auf die Auftragsformulierung noch einmal den Wesensgehalt der personalvertretungsrechtlichen Grundpositionen deutlich machen :

- Die Diskussion in der Arbeitsgruppe muss breit angelegt sein, d.h. alle Organisationseinheiten sind mit einzubeziehen.
- Ziel des Arbeitsgruppenergebnisses darf nicht die Vorwegnahme von Dienstzeitregelungen oder von direkten Eingriffen in die Aufbauorganisation bzw. die Arbeitsläufe vor Ort sein
- Für sich an das Arbeitsgruppenergebnis anschließende Prozesse gelten die in einschlägigen Organisationserlassen vorgesehenen Zuständigkeiten und Kompetenzen, sowie die dafür personalvertretungsrechtlich vorgesehenen Verfahren in Dienststellen.
- Die Achtung der gemeinsamen Arbeitsgrundlage als elementarer Bestandteil der Beteiligung der Personalvertretungen ist notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Zusammenarbeit.

Sollte auf der Basis der Auftragsformulierung und der von uns formulierten Grundlagen eine Beteiligung der Personalvertretung möglich und fruchtbar erscheinen, möchte ich sie bitten uns darüber zu informieren. Für eventuell bestehenden Erörterungsbedarf stehen wir natürlich jederzeit zur Verfügung.

Für die Örtlichen Personalräte der Landespolizeidirektion,

Ralf Porzel

STATISTIKEN

Statistiken 2002

VU-Statistik

Die Ministerin für Inneres und Sport, Annegret Kramp-Karrenbauer, stellte am 20. Februar im Beisein des Staatssekretärs, des Leiters der Landespolizeidirektion und des Sicherheitsbeauftragten die Jahresunfallstatistik 2002 der Öffentlichkeit vor.

Gravierende Änderungen zum Vorjahr konnten nicht festgestellt werden. Sie ging bei der Vorstellung auch auf die verkehrspolizeiliche Arbeit des vergangenen Jahres ein, die insbesondere durch die Großereignisse Giro und Tour de France geprägt waren und bescheinigte ihrer Polizei eine

sehr gute Arbeit. Auf zwei Problembereiche wurde in der Konferenz besonders eingegangen. Dies war einmal der Schwerverkehr, insbesondere auf den Bundesautobahnen und das auch leider im vergangenen Jahr festzustellende Problem der hohen Unfallbeteiligung der Risikogruppe „Junge Fahrer“.

Der Leiter der Landespolizeidirektion betonte, dass in diesem Jahr mit Schwerpunktaktionen diesen Problembereichen eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Insbesondere die Verkehrsüberwachung auf Autobahnen wird intensiviert werden. Die Verkehrspolizeiinspektion wird hier auch die Hauptunfall-



V. l. n. r.: Hans-Jürgen Konopka, Sts. Gerhard Müllenbach, Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, LPD Paul Haben

Foto: LPD

ursache Geschwindigkeit einer besonderen Beobachtung unterziehen.

Die Ministerin und der Verkehrssicherheitsbeauftragte wiesen auf zwei Projekte hin, mit denen eine Verhaltensänderung der Risikogruppe „Junger Fahrer“ bewirkt werden soll. Es ist dies die Aktion „Verkehrssicherheit jetzt“, die zusammen mit dem ADAC und der Landesverkehrswacht insbesondere an den berufsbildenden Schulen unseres

Landes ansetzt und die auf der Landespressekonferenz vorgestellte Aktion der Arbeitsgemeinschaft für Verkehrssicherheit im Saarland. Die Verkehrssicherheitslage hat wesentlichen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Deshalb ist eine kompetente Polizei, die präventiv und repressiv sich der Probleme annimmt, zwingende Voraussetzung für die Erhöhung der Sicherheit auf unseren Straßen.

HJK

VERKEHRUNFÄLLEN TWICKLUNG auf den Straßen des Saarlandes

		2002	2001	Differenz	%
VERKEHRUNFÄLLE	Insgesamt	26.732	27.219	-487	-1,79
	mit nur Sachschaden	21.720	22.234	-514	-2,31
	mit Personenschaden	5.012	4.985	27	0,54
VERUNGLÜCKTE	Insgesamt	6.745	6.826	-81	-1,19
	Getötete	65	70	-5	-7,14
	Schwerverletzte	783	774	9	1,16
	Leichtverletzte	5.897	5.982	-85	-1,42
SONSTIGE FOLGEN/MAßNAHMEN	unerlaubtes Entfernen	6.937	6.700	237	3,54
	Blutproben	974	1.002	-28	-2,79
	einb. Führerscheine	701	816	-35	-4,29

Quelle: BDV-Lagebild / Stand 24.01.2003

Verkehrsunfälle auf Autobahnen



Schaubilder Quelle: LPD

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrsunfallstatistik 2002

Licht und Schatten

Die Innenministerin, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, stellte gestern auf einer Pressekonferenz die Unfallstatistik des Jahres 2002 vor.

Hierzu eine erste vorläufige Bewertung des GdP Landesvorsitzenden Hugo Müller: „Die Gewerkschaft der Polizei nimmt anerkennend zur Kenntnis, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Saarland trotz der anhaltend schwierigen Personalsituation und der sehr personalintensiven Einsätze des vergangenen Jahres, wie Giro oder Tour de France, im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit einen hervorragenden Job getan haben.“

Trotzdem sind etwa im Bereich der Hauptunfallsursache „Geschwindigkeit“ dem Bereich der Autobahn oder der Aufklärung von Unfallfluchtfällen und der Kontrolle des Schwerverkehrs Negativtendenzen zu erkennen, denen entgegengewirkt werden muss. Nachhaltige Verkehrssicherheit ist u. a. nur erreichbar, wenn das erforderliche Personal zur Überwachung und ausreichende Technik zur Kontrolle zur Verfügung stehen.

Die GdP fordert alle Verantwortlichen im Land auf, in den Bemühungen nach ausreichenden personellen und materiellen Voraussetzungen für die Polizei nicht nachzulassen. Die Personalverteilung muss sicherheitsorientiert und aufgabenangepasst erfolgen, wobei auch eine Umschichtung im Personalkörper kein Tabu sein darf.

Die Bevölkerung des Saarlandes erwartet von Ihrer Polizei ein sicheres Leben auf sicheren Straßen. Kriminalität und Unfallgeschehen haben entscheidenden Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Hugo Müller weiter: „Daher sind die politisch Verantwortlichen im Land aufgerufen, den notwendigen Personalbestand in der saarländischen Polizei sicher zu stellen. Denn Sicherheit ist und bleibt ein Wert jenseits ökonomischen Kalküls!“

GdP – Geschäftsstelle, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken
21. Februar 2002

LANDES JOURNAL

STATISTIKEN

Kriminalstatistik

(Red.) Bei Redaktionsschluss (9. März) war die Kriminalstatistik 2002 noch nicht veröffentlicht. Doch bereits am 13. Februar meldete die Saarbrücker Zeitung in einer Schlagzeile (siehe Abdruck) eine Steigerung von 19% gegenüber der Vorjahresstatistik.

Eine Pressemeldung der SPD-Landtagsfraktion zum Thema ist nachfolgend auszugsweise abgedruckt. Deutsche Polizei wird weiter berichten.

Statistik: 19 Prozent mehr Straftaten

– Von MICHAEL JUNGSMANN
und PETER WAGNER –

Saarbrücken. Die Saar-Kriminalstatistik 2002, die im März offiziell präsentiert werden soll, weist voraussichtlich einen Anstieg der Straftaten um 19,7 Prozent (11 950 Fälle) aus. Dies ergebe sich aus vorliegenden „Rohdaten“, sagte Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) am Mittwoch. Eine Feinabstimmung des Datenmaterials stehe aber noch aus. Für das Jahr 2001 meldete die Statistik einen Rückgang von 5,7 Prozent. Das Ministerium hatte allerdings auf ein Fehlerrisiko im Zusammenhang mit der damaligen Datenerfassung aufmerksam gemacht. Hier liege ein Grund für den starken Anstieg im Jahr 2002. Etwa 3500 Altfälle aus Vorjahren würden jetzt in die aktuelle Statistik aufgenommen. Etwa 800 Fälle seien versehentlich in einer Testversion des EDV-Systems erfasst worden, was korrigiert werde. Für die aktuelle Statistik wurde erstmals das Datenmaterial automatisch mit der Sachbearbeitung geliefert. Kramp-Karrenbauer erwartet einen echten Kriminalitätsanstieg von fünf bis zehn Prozent, was in etwa dem voraussichtlichen Bundesdurchschnitt entspreche. Dieser tatsächliche Anstieg ist auch auf gezielte Polizeiaktionen im Drogenbereich zurückzuführen. Zudem hat ein aufgeklärter Anlagebetrug (CTS) allein 1227 Fälle, die für die Statistik zählen, gebracht. Auch im Diebstahlsbereich wird ein Anstieg registriert. Für die Arbeit der Ermittler spricht ein Anstieg der Aufklärungsquote von 50,9 Prozent (2001) auf 52,5 Prozent.

Saarbrücker Zeitung vom 13. 2. 03

SPD-Landtagsfraktion, Pressemeldung vom 17. Februar 2003: **Kriminalitätszuwachs: Was macht die CDU dagegen?**

„So haben wir uns das Aufsteigerland nicht vorgestellt. Ein solch gigantischer Zuwachs der Kriminalität im Saarland ist nicht hinnehmbar. Da muss gegengehalten werden.“ Mit diesen Worten reagiert der Chef der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, Heiko Maas, auf den dramatischen Anstieg der Straftaten

(+ 20%) im vergangenen Jahr. „Jetzt über die Erhebung, Erfassung oder Auswertung des statistischen Materials zu diskutieren, wie die CDU das jetzt macht, geht an der Sache vorbei. Fakt ist: Es gab im letzten Jahr mehr Straftaten im Saarland als 2001. Da gibt es nichts zu beschönigen. Das muss auch Innenministerin Kramp-Karrenbauer einsehen. Die SPD erwartet jetzt Antworten, wie auf diese veränderte Situation von Seiten der Landesregierung reagiert wird. Auch die saarländische Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wie sie mit der steigenden Kriminalität im Land umgeht.“ Darüber hinaus kritisiert die SPD-Fraktion, dass das Landesparlament über den Kriminalitätszuwachs im Saarland per Medienberichte informiert werde. „Die Informationspolitik der Ministerin ist eine Katastrophe. Das dürfe sich auch die CDU nicht gefallen lassen. Immerhin diskutiert das Parlament am Mittwoch im Plenum über die Stärkung der Länderparlamente.“

Nachdem die CDU und die Ministerin im Frühjahr letzten Jahres noch von aussagekräftigen Statistiken und minimalen Auswirkungen bei der Umstellung des zugrundeliegenden Erfassungssystems gesprochen haben, und den vermeintlichen Kriminalitätsrückgang des Jahres 2001 auf ihre „ach so gute Politik im Bereich der inneren Sicherheit“ zurückgeführt haben, solle jetzt der dramatische Anstieg der Kriminalität in unserem Land auf die Statistik zurückgeführt werden. „Das passt nicht zusammen. Hier wird getrickt und getäuscht, dass sich die Statistiken biegen.“ Das einzig Gute an der Entwicklung der Kriminalitätsstatistik besteht in der wieder gestiegenen Aufklärungsquote – ein Beweis für die hervorragende Arbeit der saarländischen Polizei, die trotz immer schwierigerer Rahmenbedingungen herausragende Leistungen zum Schutze der saarländischen Bevölkerung erbringen. „Mit dem dilettantischen Vorgehen der Ministerin droht diese Arbeit jedoch Schaden zu nehmen“, so Maas für die SPD.

PERSONALIEN

Trau Dich!

Getreu dieses Mottos heiratete am 14. Februar Karin Ferrera und unser Landeskassierer Jürgen Barth in Saarbrücken. Nicht nur allein der Valentinstag war es, der beide dazu bewogen hatte, sich dieses Datum auszusuchen,

es war auch die Tatsache, dass Jürgen Barth an diesem Tage Geburtstag hatte. Wir wünschen dem Brautpaar alles Gute für die gemeinsame Zukunft und Jürgen Barth die besten Wünsche zu seinem Geburtstag.



Jürgen und Karin Barth

TERMINE

KG Saarpfalz: Seniorentreffen

Zum diesjährigen Seniorentreffen lädt die GdP-Kreisgruppe Saarpfalz alle Senioren und Seniorinnen herzlichst ein. Es findet am Mittwoch, dem 9. April 2003, um 14.00 Uhr im Sportheim des SV Rohrbach, in den Königswiesen, St. Ingbert-Rohrbach, statt.

Werner Hofmann

Junge Gruppe: Blaulichtparty

Die Disco-Party für Feuerwehr, Rettungsdienst, Krankenhaus, THW, Zoll, Justiz, BGS, Polizei, usw. . . . einfach alle die im Blaulichtmilieu arbeiten.

4. April 2003, ab 21.00 Uhr im Burbacher Bürgerhaus.

Vorverkauf: 4,- Euro, Abendkasse: 5,- Euro. Karten und Infos bei: Seyfi Turan, Tel.: 01 70/4 42 14 82, Seyfi.Turan@gdp-saar.de, Jens Berner, Tel.: 01 60/97 91 62 87, Jens.Berner@gdp-saar.de, GdP-Geschäftsstelle, Tel.: 06 81/81 14 98.

Jahrestagung der BAG im Saarland

Betriebliche Suchtkrankenhilfe – ein Blick über den Zaun

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Suchtprobleme in der Polizei“ wagt in ihrer Jahrestagung vom 18. bis zum 22. Mai 2003 einen Blick in die betriebliche Suchtkrankenhilfe der Privatwirtschaft.

Welche Interventionsmöglichkeiten haben Betriebe, wenn Mitarbeiter in eine lebensbedrohende Krise geraten. Welche Rolle spielt das Arbeitsrecht bei Abhängigkeitserkrankung? Und vor allem: Wie kann die Polizei von bestehenden regionalen Hilfsangeboten profitieren?

Selbstverständlich steht die Suchtkrankenhilfe der Saarländischen Polizei im Vordergrund der Tagung in Homburg/Saar. Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung hat die Innenministerin des Landes, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, übernommen. Tagesgäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen: Arno Peiffer, Tel.: 06 81/9 62 11 54, a.peiffer@innen.saarland.de oder unter www.bag-sucht.de